



**RITA
SCHWARZELÜHR-
SUTTER**

**Für Sie im
Deutschen Bundestag**



Newsletter

vom 20. März 2018

Die Themen aus Berlin und dem Wahlkreis im Überblick

Vorfreude auf erneute Amtszeit als Parlamentarische Staatssekretärin	1
Entgeltgleichheit ist eine Frage der Gerechtigkeit.....	2
Bundestag debattiert US-Handelspolitik	3
Bundeswehrmandate werden beendet, verlängert und verändert	4
Neue Bundesregierung im Amt	5
Wiederinbetriebnahme von Beznau I: Wie lange sollen die Alt-Reaktoren noch laufen dürfen?	5
Deutsche Gemeinden dürfen bei der Endlagersuche nicht weiter übergangen werden	6
Gleichstellung: Dem Fortschritt auf die Sprünge helfen!	6
Lauchringen A98/ B314: wir brauchen eine sichere und vernünftige Lösung	7
Lebensleistung anerkennen	7

Neues aus Berlin

Vorfreude auf erneute Amtszeit als Parlamentarische Staatssekretärin



Foto: BMUB/Sascha Hilger

| Ich freue mich sehr, dass ich mich auch in Zukunft als Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium für den Klima- und Umweltschutz einsetzen kann. Wir haben in den vergangenen vier Jahren Vieles erreicht – im Großen wie im Kleinen.

Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit der neuen Bundesumweltministerin Svenja Schulze, mit der ich gemeinsam an die erfolgreiche Arbeit der vorherigen Ministerin Barbara Hendricks anknüpfen möchte. Wir haben uns viel vorgenommen. Damit wir die Klimaziele 2030 in

Deutschland erreichen, haben wir im Koalitionsvertrag deshalb die Verabschiedung eines Klimaschutzgesetzes für diese Legislaturperiode vereinbart. Eine Kommission wird sich außerdem damit beschäftigen, wie wir den Strukturwandel sozialverträglich gestalten können. Ein Fokus wird ebenfalls auf das Insektensterben in Verbindung mit dem Einsatz von Pestiziden und der industriellen Art unserer Landwirtschaft gelegt werden. Eine große Herausforderung ist auch das Thema saubere Luft in unseren Städten sein. Diese Herausforderungen heißt es jetzt schnell anzugehen.

Der Wahlkreis Waldshut hat in den letzten vier Jahren massiv von den Förderprogrammen des Bundes im Bereich des Klimaschutz und der Städtebauförderung profitiert. Im Bereich des Klimaschutzes wurden in der letzten Legislaturperiode fast 1 Million Euro an Fördermitteln bewilligt, für die Städtebauförderung gab es insgesamt 12,9 Millionen Euro. Weitere 3 Millionen Euro erhielt der Wahlkreis Waldshut aus dem ‚Bundesprogramm Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur‘. Auch auf die Ernennung des Schwarzwaldes zum UNESCO-Biosphärenreservat im letzten Jahr kann man sicherlich mit Stolz zurückblicken. Außerdem ist die Region Südschwarzwald eine von insgesamt sieben Regionen im BMUB-Projekt ‚Baukultur und Tourismus‘. Durch die Modernisierung und Neubelebung unserer Schwarzwald-Architektur können wir dabei helfen, den Südschwarzwald als touristische Region zu stärken. Auch für unsere Region von großer Bedeutung ist, dass wir die Vorgänge in grenznahen ausländischen AKWs stets kritisch begleitet und nach unseren Möglichkeiten für eine rasche Abschaltung bei unseren europäischen Partnern geworben haben.

Auch auf Bundesebene und auf internationaler Bühne haben wir viel bewirken können. Ich halte es für besonders wichtig, dass wir in der letzten Legislaturperiode die Mittel für den sozialen Wohnungsbau auf 1,5 Milliarden Euro verdreifacht haben. Damit unterstützen wir die Länder bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum.

In Sachen Klima- und Naturschutz war mit Sicherheit die Unterzeichnung des Weltklimavertrages im Jahr 2015 in Paris nicht nur ein historischer Erfolg für den internationalen Klimaschutz, sondern auch für mich persönlich ein Highlight. Wir waren auch das erste Land der Welt, das mit dem Klimaschutzplan 2050 die nach dem Pariser Vertrag geforderten Langzeitstrategien vorgelegt hat. Mit der 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung haben wir im gleichen Jahr eine globale Nachhaltigkeitsagenda mit dem Ziel verabschiedet, die globale Entwicklung sozial, ökologisch und wirtschaftlich nachhaltig zu gestalten. Uns ist es außerdem gelungen, das Atommüll-Chaos zu beenden und dem Endlager-Suchprozess eine klare Grundlage zu geben. Auch haben wir Probleme beim Natur- und Umweltschutz mit Blick auf die intensive Landwirtschaft benannt.

Entgeltgleichheit ist eine Frage der Gerechtigkeit

| Am 18. März war Equal-Pay-Day – der „Tag für gleiche Bezahlung“ von Frauen und Männern. Er markiert in jedem Jahr symbolisch den Tag der Lohnlücke zwischen Männern und Frauen: Während Männer bereits ab dem 1. Januar für ihre Arbeit bezahlt werden, arbeiten Frauen quasi bis zum 18. März umsonst – und das für die gleiche beziehungsweise gleichwertige Arbeit. Die SPD-Bundestagsfraktion wird auch in dieser Legislaturperiode die strukturellen Ungleichgewichte zwi-

schen Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt konsequent abbauen – gleich zu Beginn mit dem Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit.



Es ist ungerecht, dass Frauen für die gleiche beziehungsweise gleichwertige Arbeit am Ende des Monats 21 Prozent weniger in der Tasche haben als ihre männlichen Kollegen. Und das hat weitreichende Folgen. So erzielen Frauen im Laufe ihres Erwerbslebens deutlich weniger Einkommen und bekommen obendrein noch weniger Rente.

Mit der Einführung des Mindestlohns, dem Gesetz für Entgelttransparenz und der gesetzlichen Regelung für mehr Frauen in Führungspositionen haben die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bereits wichtige Schritte hin zu mehr Entgeltgleichheit erreicht. Klar ist aber auch: Es gibt nicht das eine Gesetz, das die Lohnlücke auf einen Schlag schließt.

Mit den Verabredungen im gerade erst unterzeichneten Koalitionsvertrag wird

die SPD-Fraktion den eingeschlagenen Weg des Lückenschlusses beim Lohn fortsetzen. Wir stärken die Tariflöhne in der Pflege und bauen finanzielle Ausbildungshürden bei Sozial- und Pflegeberufen ab. Da über 85 Prozent der Beschäftigten in dieser Branche weiblich sind, kommt das vor allem Frauen zugute.

Der öffentliche Dienst soll Vorbild sein. Dort sollen bis zum Jahr 2025 in Leitungsfunktionen genauso viele Frauen wie Männer vertreten sein. Und gleich zu Beginn werden wir das Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit auf den Weg bringen. Das ist ein großer Schritt nach vorn, denn endlich haben Frauen und Männer die Möglichkeit, nach einer Teilzeitphase wieder auf die vorherige Arbeitszeit aufzustoßen – und nicht länger in der Teilzeitfalle stecken zu bleiben. Außerdem honorieren wir mit der Einführung der Grundrente die Lebensleistung vieler Frauen und bekämpfen damit Altersarmut.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Das muss für Frauen und Männer uneingeschränkt gelten. Wir wollen, dass der Equal-Pay-Day in Zukunft auf den 1. Januar fällt.

**Wichtigste zusammengefasst:
Der jährlich am 18. März stattfindende Equal-Pay-Day erinnert an die fortbestehende Lohnlücke zwischen Mann und Frau. Frauen verdienen im Schnitt immer noch 21% weniger als Männer bei gleicher Tätigkeit.**

Bundestag debattiert US-Handelspolitik

| US-Präsident Donald Trump plant Schutzzölle auf Importe von Stahl und Aluminium. Auch zusätzliche Zölle gegen deutsche Autohersteller wie Daimler und BMW brachte er ins Gespräch. Das schürt

die Sorge vor einem weltweiten Handelskrieg, der die Exportnation Deutschland besonders hart treffen würde.

Laut Bundesregierung könnten die Maßnahmen von Trump eine ernsthafte Gefahr für die Weltkonjunktur werden und führen schon jetzt zu einer „gewissen Verunsicherung“ bei deutschen Unternehmen, wie es im Monatsbericht des Bundeswirtschaftsministeriums heißt. Mögliche Folgen und Reaktionen auf die US-Zölle standen auch im Mittelpunkt einer Aktuellen Stunde im Bundestag am Donnerstag.

Thomas Jurk, SPD-Mitglied des Haushaltsausschusses, warnte in der Debatte davor, vonseiten der Politik Ängste zu schüren, nur weil Donald Trump etwas twitterte. Wichtig sei es, Gespräche mit der US-Regierung zu führen. Die Haushaltsplanung des Bundes sei jedenfalls solide, und kurzfristige Auswirkungen auf die deutsche Konjunktur werde es nicht geben. Jurk verwies darauf, dass Finanzplanungen immer abhängig von äußeren Faktoren seien, etwa der Entwicklung der Rohstoffpreise oder des Zinsniveaus. Für Panik gebe es keinen Grund.

Daniela De Ridder, SPD-Mitglied im Auswärtigen Ausschuss, erinnerte daran, dass auch der ehemalige US-Präsident George W. Bush mal Stahlzölle verhängt habe – und sie schon nach kurzer Zeit wieder aufhob. De Ridder: „Solche Maßnahmen haben schon damals nicht verfangen“. Man müsse jetzt noch stärker den US-Kongress bemühen und mit gemäßigten republikanischen Abgeordneten ins Gespräch zu kommen. Entscheidend sei dabei, dass die Europäische Union sich nicht durch Donald Trump spalten lasse.

Bernd Westphal, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, und Markus Töns, zuständiger Berichterstatter, hatten bereits zuvor mitgeteilt: „Sollten die US-Strafzölle umgesetzt werden, wird die Eu-

ropäische Union angemessen und geschlossen reagieren müssen. Das schließt sowohl die Möglichkeit einer Beschwerde vor der Welthandelsorganisation WTO als auch Beschränkungen für ausgewählte US-amerikanische Produkte ein. Dennoch können weder die US-amerikanische Seite noch die Europäische Union ein Interesse an einem Handelskonflikt haben. Es bleibt weiterhin zu hoffen, dass bei US-Präsident Trump ein Umdenken stattfindet.“

Westphal ergänzte in der Debatte am Donnerstag, dass vor allem China für das Stahldumping verantwortlich sei. „Dort wird so viel Stahl produziert wie im Rest der Welt zusammen“, erklärte Westphal. China unterminiere mit Dumpingpreisen den Stahlhandel.

**Wichtigste zusammengefasst:
Die von US-Präsident Trump angekündigten Strafzölle auf Stahl und Aluminium sorgen für Verunsicherung. Deutschland und die EU haben bislang noch nicht reagiert. China ist momentan verantwortlich für das weltweite Stahldumping.**

Bundeswehrmandate werden beendet, verlängert und verändert

| Auch in internationalen Krisen- und Konfliktregionen wird die neue Koalition weiterhin Verantwortung übernehmen. Gleichwohl überprüft das Parlament auch stets, ob bereits laufende Auslandsmandate verlängert oder verändert werden müssen. Zwei Mandate werden die Abgeordneten beenden: das Ausbildungsmandat für die kurdischen Peschmergas im Nordirak und das Ausbildungsmandat in Somalia.

Über die Verlängerung von fünf Bundeswehrmandaten hat der Bundestag am

Donnerstag beraten. Die Mandate für den Sudan, den Südsudan und für den Einsatz im Mittelmeer sollen unverändert verlängert werden.

Das Ausbildungsengagement in Afghanistan wird ebenfalls fortgesetzt, um Afghanistan langfristig stabilisieren zu können. Aufgrund einer veränderten Sicherheitslage wird der Schutz für die Ausbilder in Abstimmung mit den Partnern erhöht, damit die Ausbildungskapazitäten besser genutzt werden können.

Wiedererstarben des IS verhindern

Das Anti-IS-Mandat wird im Sanitätswesen und bei der Kampfmittelbeseitigung weiterentwickelt. Da militärische Aufgaben wegfallen, kann der Bundestag die Anzahl der eingesetzten Soldaten deutlich reduzieren, und zwar von 1200 auf 800. Künftig trägt Deutschland zur umfassenden Stabilisierung des Iraks und der nachhaltigen Bekämpfung des IS-Terrors auch durch Beteiligung am so genannten Fähigkeitsaufbau im Rahmen des Gesamtansatzes der internationalen Anti-IS-Koalition bei. Das verhindert vor allem ein Wiedererstarben des IS.

In Mali wird die Koalition wegen der Übernahme von UN-Aufgaben die personelle Obergrenze um 100 Soldaten erhöhen. Festgeschrieben ist im Mandat der Abzug deutscher Hubschrauber bis diesen Sommer. Mali ist Kernland der Sahelzone und spielt damit eine Schlüsselrolle für Stabilität und Entwicklung der gesamten Sahel-Region, vor allem, wenn es um Terrorismus, Kriminalität und irreguläre Migration geht.

Für die SPD-Bundestagsfraktion kann das Engagement der Bundeswehr immer nur ein Beitrag zu umfassenden politischen Bemühungen um Frieden und Stabilisierung sein. Die Fortsetzung der politischen und zivilen Friedensbemühungen ist deswegen für die Sozialdemokraten unmittelbar mit den Mandatsverlängerungen verbunden.

**Wichtigste zusammengefasst:
Verlängert wurden die Mandate für die Einsätze im Mittelmeer und im Südsudan. Der Einsatz von Sanitätstern und Kampfmittelbeseitigungsteams im Irak wurde reduziert. Der Einsatz in Afghanistan wurde verlängert. In Mali wurde die Soldatenstärke erhöht.**

Neue Bundesregierung im Amt

Die neue Bundesregierung ist im Amt. Am Mittwochvormittag hat der Deutsche Bundestag Angela Merkel (CDU) zum vierten Mal zur Bundeskanzlerin gewählt.

Nach Merkels Ernennung durch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und ihre Vereidigung im Bundestag wurden auch die künftigen Bundesministerinnen und Bundesminister von Steinmeier ernannt und anschließend im Bundestag vereidigt.

Für die SPD gehören dem neuen Bundeskabinett an:

- Olaf Scholz (Vizekanzler und Bundesminister für Finanzen)
- Heiko Maas (Bundesminister des Auswärtigen)
- Katharina Barley (Bundesministerin der Justiz)
- Hubertus Heil (Bundesminister für Arbeit und Soziales)
- Franziska Giffey (Bundesministerin für Frauen, Senioren, Familie und Jugend)
- Svenja Schulze (Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit)
- Staatsminister im Auswärtigen Amt: Michelle Müntefering, Niels Annen, Michael Roth

Die neuen Parlamentarischen Staatssekretärinnen und Staatssekretäre der SPD:

- Bundesfinanzministerium: Bettina Hagedorn, Christine Lambrecht
- Bundesjustizministerium: Rita Hagl-Kehl, Christian Lange
- Bundesarbeitsministerium: Kerstin Griese, Anette Kramme
- Bundesfamilienministerium: Caren Marks, Stefan Zierke
- Bundesumweltministerium: Rita Schwarzelühr-Sutter, Florian Pro-nold

Aus unserer Region

Wiederinbetriebnahme von Beznau I: Wie lange sollen die Alt-Reaktoren noch laufen dürfen?

| BEZNAU. Ich gehe davon aus, dass alle sicherheitsrelevanten Aspekte ausreichend geprüft wurden, die ein Wiederanfahren von Beznau I rechtfertigen. Die Sicherheit muss zwingend oberste Priorität haben. Allerdings frage ich mich, wie lange das älteste Atomkraftwerk der Welt noch weiterlaufen soll. Im Gegensatz zu Fessenheim, das voraussichtlich Ende 2018 vom Netz gehen soll, fehlt für Beznau weiterhin eine konkrete Aussage zur restlichen Laufzeit bzw. ein konkretes Abschaltdatum. Diese Ungewissheit ist für unsere Hochrheinregion äußerst unbefriedigend. Natürlich ist die Schweiz ein souveräner Staat, es wäre trotzdem gut, geordnet auszusteigen und die Alt-Atomkraftwerke endlich still zu legen.

Hintergrund:

Nach über drei Jahren darf das Kernkraftwerk Beznau I wieder in Betrieb genommen werden. Nachdem durch die Betreiberin Axpo nachgewiesen wurde, dass die im Stahl des Reaktordruckbehälters gefundenen Einschlüsse keinen negativen

Einfluss auf die Sicherheit haben, gab es seitens des Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorat ENSI grünes Licht.

Deutsche Gemeinden dürfen bei der Endlagersuche nicht weiter übergangen werden

| WALDSHUT. In meiner persönlichen Stellungnahme zu dem bereits beendeten Anhörungsverfahren zur Standortsuche für ein Atomendlager in der Schweiz stelle ich fest, dass die Beteiligungsrechte der deutschen Gemeinden und Landkreise in Regionalkonferenzen gestärkt werden müssen: In den Regionalkonferenzen wurden bislang systematisch die Standorte für Oberflächenanlagen gewählt, die am nächsten zu Deutschland und weniger nah zur eigenen Schweizer Gemeinde liegen. Um solche Manöver in Zukunft zu verhindern, müssen die Stimmengewichte künftig auch die tatsächliche Betroffenheit abbilden.

Bislang bestreitet die Schweizer Seite allerdings vehement, dass deutsche Gemeinden, die im Extremfall nur wenige hundert Meter von den geplanten Anlagen entfernt liegen, überhaupt als betroffen gelten sollen. Neben aktuellen Mitwirkungsrechten könnte von dieser Definition in Zukunft auch die Höhe möglicher Entschädigungsleistungen abhängig gemacht werden. Für mich ist deshalb klar: Die möglichen Auswirkungen eines Endlagers auf Mensch und Natur müssen weitläufig und grenzüberschreitend untersucht werden. Wir akzeptieren nicht, dass man die Betroffenheit der deutschen Gemeinden in Bern immer weiter herunterspielen will. Die Schweiz muss sich zu ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen bekennen.

Vor dem Hintergrund der hohen Störanfälligkeit der Reaktoren in Beznau und Leibstadt, fordere ich zudem eine klare Aussage der Schweiz zur Restlaufzeit der

AKWs. Nur mit einem fixen Ausstiegsdatum kann auch die benötigte Endlagerkapazität begrenzt werden.

Im Rahmen der Endlagersuche für einen Standort für radioaktive Abfälle in der Schweiz erhielt die deutsche Öffentlichkeit bis zum 09. März 2018 die Möglichkeit, sich an dem öffentlichen Anhörungsverfahren (Vernehmlassung) zu den bisherigen Ergebnissen zu beteiligen. Bürgerinnen und Bürger konnten ihre Stellungnahmen beim deutschen Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE) einreichen. Daneben konnten auch die Bundesrepublik Deutschland, einzelne Bundesländer und Gemeinden Einwendungen zu sämtlichen Dokumenten einreichen, die im Rahmen der Etappe 2 der Schweizer Standortsuche erstellt wurden.

Gleichstellung: Dem Fortschritt auf die Sprünge helfen!

| WALDSHUT. Der Internationale Frauentag am 8. März steht in diesem Jahr unter dem Zeichen „Press for Progress“ – also übersetzt: dem Fortschritt auf die Sprünge helfen. Denn wenn es so weiter geht wie bisher, dauert es noch 100 Jahre bis die Gleichstellung der Geschlechter erreicht ist.

Damit der Fortschritt an Fahrt aufnimmt, müssen wir auf die Tube drücken – auch in Deutschland. Deshalb hat die SPD dafür gesorgt, dass zahlreiche gleichstellungspolitische Verbesserungen im Koalitionsvertrag verankert wurden.

So wird das Recht auf befristete Teilzeit bald Gesetz. Für die Gleichstellung der Geschlechter ist das ein Riesenschritt: Frauen und Männer haben endlich die Möglichkeit, nach einer Teilzeitphase wieder auf die vorherige Arbeitszeit aufzustoßen – und nicht länger in der Teilzeitfalle stecken zu bleiben.

Einen besonderen Schwerpunkt setzen die künftigen Koalitionspartner auf die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen. Wir werden diese Frauen stärken, indem wir ihnen den sicheren und geschützten Weg aus der Gewaltspirale ermöglichen: mit einem Aktionsprogramm zur Prävention von Gewalt, der Verbesserung des Hilfesystems und einer gesicherten Finanzierung von Frauenhäusern.

Vor fast 100 Jahren haben Frauen das erste Mal gewählt und konnten gewählt werden. Sie selbst waren es, die für ihr selbstverständliches Recht auf die Straße gegangen sind und diesen bahnbrechenden Erfolg als ihren eigenen feiern konnten. Doch heute, fast ein Jahrhundert später, sind Frauen noch immer nicht angemessen in den Parlamenten beteiligt. Der Anteil von Frauen im Bundestag ist seit der jüngsten Bundestagswahl sogar gesunken: Von zuletzt 36,5 Prozent auf nunmehr 30 Prozent. Das ist eindeutig zu wenig. Es ist unsere Pflicht dafür zu sorgen, dass im Bundestag, im Europaparlament und in den Kommunalparlamenten Frauen zur Hälfte das Sagen haben. Um diese Missstände 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts zu beenden, müssen wir jetzt handeln.

Lauchringen A98/ B314: wir brauchen eine sichere und vernünftige Lösung

| LAUCHRINGEN. An der Autobahneinmündung A98 in die Bundesstraße 314 bei Oberlauchringen kommt es in den letzten Jahren immer wieder zu schweren Verkehrsunfällen. Deshalb habe ich mich im Oktober 2017 an die zuständige Straßenbauverwaltung des Regierungspräsidiums gewandt.

Nach der derzeitigen Einschätzung des zuständigen Referats des Freiburger Regierungspräsidiums in Bad Säckingen

werden momentan vier Lösungsmöglichkeiten für den Einmündungsbereich der A 98 sowie der B 314 in Lauchringen genauer betrachtet. Die Behörde prüft momentan eine Linkseinfädelspur, eine direkte Führung des Verkehrsstroms von der A98 Rampe in die B 314/Anschluss B314 aus Richtung Lauchringen als T-Einmündung, einen Kreisverkehr sowie eine Lichtsignalanlage.

Das sind bislang alles nur Vorschläge. Unter dem Strich brauchen wir jedoch eine sichere Lösung, die auch Rückstaus verhindert und für einen flüssigen Verkehr sorgt. Ich begrüße es, dass die Verkehrsbehörden, die Polizei und das Landratsamt sich noch in diesem Frühjahr treffen und das weitere Vorgehen besprechen wollen. Allerdings brauchen wir zeitnah eine Lösung, um das Unfallrisiko zu senken.

Die Straßenbauverwaltung Bad Säckingen teilte außerdem mit, dass eine Anordnung von Rampen von der A 98 in Richtung Wutachtal aufgrund der Wutachtalbahn und des begrenzten Raumes nicht umgesetzt werden kann.

Lebensleistung anerkennen

| WUTÖSCHINGEN. Anlässlich des Internationalen Frauentages besuchte ich das Seniorenwohnheim Sonnengarten, um das Gespräch mit den Frauen und den Mitarbeiterinnen zu suchen.

Es ist mir wichtig, nachzufragen und zuzuhören. Außerdem wollte ich meine Achtung vor den weiblichen Lebensläufen der direkten Nachkriegsgeneration zum Ausdruck bringen.

Die 45 Bewohnerinnen und die 15 Pflegekräfte des Wutöschinger Seniorenheimes der Arbeiterwohlfahrt haben sich über den Rosengruß zum Weltfrauentag sichtlich gefreut.



Auch der Austausch mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Seniorenheimes war mir am Frauentag wichtig. Die Qualität und die Bezahlung im Pflegebereich sind wichtige Ziele, die in der Arbeit der kommenden Bundesregierung eine große Rolle spielen werden.



Liebe Leserinnen und Leser,

ich hoffe Sie hatten eine spannende Lektüre! Den Menschen bei uns im Wahlkreis und in unserer Region möchte ich auch ein wichtiger Ansprechpartner für ihre Anliegen und Sorgen sein. Gerne können Sie sich jederzeit telefonisch, per E-Mail oder ganz klassisch per Brief an mich wenden. Ich freue mich auf Ihre Nachricht!

Für mehr Informationen zu meiner politischen Arbeit im Wahlkreis und in Berlin besuchen Sie mich auch gerne auf meiner Homepage und bei facebook oder folgen mir auf Twitter und Instagram!

Ihre
Rita Schwarzelühr-Sutter

Kontakt

Abgeordnetenbüro Berlin:

Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
T: 030 – 227 73 071
F: 030 – 227 76 173
E: rita.schwarzueluehr-sutter@bundes-tag.de

Home:
Facebook:
Twitter:
Instagram:

Wahlkreisbüro Waldshut-Tiengen:

Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB
Wallstr. 9 / Kaiserstr. 22
79761 Waldshut-Tiengen
T: 07751 – 91 76 881
F: 07751 – 91 76 882
E: rita.schwarzueluehr-sutter.wk@bundes-tag.de

www.schwarzueluehr-sutter.de
facebook.com/schwarzueluehrsutter
twitter.com/rischwasu
instagram.com/rischwasu/